

Ausfüllhilfe

zum Antrag auf Förderung der Ausbildung zum/zur Berufskraftfahrer/in 2023

Die Formulare zur Antragstellung gliedern sich in die fünf folgenden Vordrucke:

1. Antrag auf Förderung der Ausbildung

2. Kontrollformular (Pflichtanlage)

Nur mit Unterschrift auf dem Kontrollformular ist Ihr Antrag rechtsverbindlich gestellt. Übermitteln Sie das Kontrollformular möglichst gleichzeitig mit Ihrem Antrag über das elektronische Antragsportal, so kann der Antrag beschleunigt bearbeitet werden.

3. Anlage 1 „weitere Auszubildende zu Ziffer 4 des Antrags“

Sollten in einem Antrag die Förderung von mehr als fünf Auszubildenden beantragt werden, nutzen Sie bitte die Anlage 1.

Hinweis: Die Anlage 1 ist nicht zu nutzen, wenn Sie zu einem bereits eingereichten Antrag weitere Auszubildende nachmelden wollen. In diesem Fall ist ein neuer Antrag zu stellen.

4. Anlage 2 „Absichtserklärung“ (Pflichtanlage)

Für jedes beantragte Ausbildungsverhältnis ist eine vollständig ausgefüllte und unterschriebene Absichtserklärung erforderlich.

5. Anlage 3 „Erklärung zur Kumulierung von Zuwendungen für betriebliche Ausbildungsverhältnisse zu Ziffer 5 des Antrages“

Hinweise

Die Antragstellung auf Förderung der Ausbildung von Berufskraftfahrern/innen sowie die Übermittlung des Kontrollformulars, der Anlagen und Nachweise zum Antrag ist ausschließlich auf elektronischem Wege über das elektronische Antragsportal des Bundesamtes auf der Internetseite <https://antrag-gbbmvi.bund.de> möglich.

Eine ausführliche Bedienungsanleitung zum elektronischen Antragsportal können Sie nach der Anmeldung im eService-Portal aufrufen (siehe Rubrik „Kontakt und Bedienungsanleitung“). Weitere Informationen und Hinweise stehen Ihnen auch auf der Internetseite des Bundesamtes unter der Adresse www.balm.bund.de zur Verfügung.

Beispiel

Anhand des folgenden Beispiels ist das Ausfüllen der Vordrucke veranschaulicht.

Das Unternehmen Reinhard Wendel Transport GmbH beschäftigt 60 Mitarbeiter, ist Halter von 10 schweren Nutzfahrzeugen und betreibt gewerblichen Güterverkehr. Die Fahrzeuge waren am Tag der Antragstellung auf das Unternehmen verkehrsrechtlich zugelassen. Es handelt sich um ein mittleres Unternehmen (siehe „Merkblatt zur Definition KMU“).

Das Unternehmen beabsichtigt, zwei Auszubildende einzustellen. Es hat bereits im Jahr 2022 einen Antrag auf Förderung von Ausbildungsmaßnahmen gestellt. Dieser wurde unter dem Geschäftszeichen (Gz.) 8521.2.001/001#001 bearbeitet.

**Antrag
auf Förderung der
Ausbildung
zum/zur Berufskraftfahrer/in
2023**

nach der Richtlinie des Bundesministeriums für Verkehr und
digitale Infrastruktur über die Förderung von betrieblichen
Ausbildungsverhältnissen zum Berufskraftfahrer/zur
Berufskraftfahrerin in Unternehmen des Güterkraftverkehrs mit
schweren Nutzfahrzeugen vom 05. Januar 2016 in der
Fassung der Ersten Änderung vom 25. November 2022
(nachfolgend Richtlinie „Ausbildung“)

Anträge sowie für die Bearbeitung erforderliche Anlagen und das Kontrollformular sind ausschließlich auf elektronischem Wege über das eService-Portal zu übermitteln. Das Kontrollformular muss unterschrieben auf elektronischem Wege innerhalb von zwei Wochen nach Eingang des elektronischen Antrags beim Bundesamt für Logistik und Mobilität als Bewilligungsbehörde eingehen. Beachten Sie auch die Ausfüllhilfe zum Antrag im eService-Portal.

**Der Antrag muss bis zum
31. Oktober 2023
beim Bundesamt für Logistik und M
eingegangen sein.**

Gz.: 8521.2. 001/001 #XXX
(Bitte angeben, wenn bekannt)

Geben Sie - sofern bereits aus den Vorjahren bekannt - das Geschäftszeichen des Bundesamtes für Logistik und Mobilität ohne die Ziffern nach der Raute (#)

**1. Angaben zum antragstellenden Unternehmen
1.1 Antragstellende Person**

a) Firmen- oder Unternehmensbezeichnung (lt. Handelsregister)	Reinhard Wendel Transport
Registergericht	AG Köln
Registernummer	HRB 1234
<i>↪ weiter mit c)</i>	

Ist Ihr Unternehmen **im Handelsregister eingetragen**, geben Sie bitte die vollständige Firmen- oder Unternehmensbezeichnung einschließlich der Rechtsform laut der Handelsregistereintragung ein. Bitte tragen Sie ebenfalls das zuständige Registergericht und die Registernummer ein.

Ist Ihr Unternehmen **nicht im Handelsregister eingetragen**, geben Sie bitte den Vornamen und Namen (und falls zutreffend die Geschäftsbezeichnung) an.

b) Vorname Name (nicht im Handelsregister eingetragene Firmen/Unternehmen)	
<i>↪ weiter mit c)</i>	

Tragen Sie bitte den Unternehmenssitz mit Anschrift, Postleitzahl und Ort ein.

c) Anschrift (Straße, Hausnummer)	Heinrich-Heine-Str. 123
Postleitzahl	50996
Ort	Köln
<i>↪ weiter mit 1.2)</i>	

Änderungen von Unternehmensdaten sind umgehend mitzuteilen. Zur Vereinfachung stellt das Bundesamt für Logistik und Mobilität ein entsprechendes Formular „Änderungsmitteilung“ im eService-Portal zur Verfügung.

1.2 Antragstellung

Die Übermittlung von Schreiben des Bundesamtes für Logistik und Mobilität über den eService-Portal und somit an die Person, die über den Portal eService-Portal eingestellt wird:

Bitte wählen Sie aus, ob der Antrag von dem antragstellenden Unternehmen selbst oder einem/einer bevollmächtigten Dritten im eService-Portal eingestellt wird.

<input checked="" type="checkbox"/>	von dem antragstellenden Unternehmen selbst oder einer zu dem antragstellenden Unternehmen gehörigen Person.
weiter mit 1.3	

oder

<input type="checkbox"/>	von der nachfolgend unter Ziffer 1.4 zu benennenden bevollmächtigten Person (unternehmensexterne Person), den das antragstellende Unternehmen zur Abwicklung des durch diesen Antrag eingeleiteten Zuwendungsverfahrens bevollmächtigt hat.
weiter mit 1.4	

Bei Antragstellung durch das Unternehmen selbst tragen Sie bitte die Ansprechperson **aus Ihrem Unternehmen** ein.

Achten Sie insbesondere auf die exakten Angaben von Telefonnummer und E-Mail-Adresse.

1.3 Ansprechperson (der antragstellenden Person)

Nachname	Schulze
Vorname	Renate
Telefon	0221/1234567
E-Mail	renate.schulze@wen
weiter mit 1.5	

Bei Antragstellung durch eine bevollmächtigte Person, tragen Sie bitte den Firmennamen (sofern vorhanden), den Namen und Vornamen sowie die Anschrift und Kontaktdaten der bevollmächtigten Person ein.

Eine schriftliche Vollmacht ist nur auf Anfrage durch das Bundesamt für Logistik und Mobilität vorzulegen.

1.4 Bevollmächtigung

Die nachfolgende Tabelle ist nur für unternehmensexterne Personen zu nutzen.

Firmenname der bevollmächtigten Person	
Nachname der bevollmächtigten Person	
Vorname der bevollmächtigten Person	
Straße, Hausnummer der bevollmächtigten Person	
Postleitzahl der bevollmächtigten Person	
Ort der bevollmächtigten Person	
Telefon der bevollmächtigten Person	
E-Mail der bevollmächtigten Person	
weiter mit 1.5	

Änderungen zum Ansprechpartner oder zur Kommunikationsverbindung sind umgehend mitzuteilen. Zur Vereinfachung stellt das Bundesamt für Logistik und Mobilität ein entsprechendes Formular „Änderungsmitteilung“ im eService-Portal zur Verfügung.

Bitte erfassen Sie die korrekte und vollständige deutsche Bankverbindung des antragstellenden Unternehmens. IBAN und BIC sind ohne Leerzeichen einzutragen. Änderungen der Bankverbindung sind in Ihrem eigenen Interesse umgehend mitzuteilen. Zur Vereinfachung stellt das Bundesamt für Logistik und Mobilität ein entsprechendes Formular zur Verfügung.

1.5 Bankverbindung (antragstellende Person)

Kreditinstitut	Musterbank
IBAN	DE40123456780000123456
BIC	MUBADEKIZ12
☞ weiter mit 2.	

2. Angaben zur Zuwendungsberechtigung

Zuwendungsvoraussetzung ist, dass Sie

- entweder gewerblichen Güterkraftverkehr oder

und

- Halter/in oder Eigentümer/in von mit Straßenverkehrsbehörde oder durch Kopie (Kopie) nachgewiesenen mautpflichtigen Schwerverkehrsmitteln

Als antragstellende Person betreiben Sie entweder gewerblichen Güterkraftverkehr nach § 1 Abs. 1 GüKG oder Werkverkehr nach § 1 Abs. 2 GüKG.

Sofern Sie gewerblichen Güterkraftverkehr betreiben, kreuzen Sie dies bitte entsprechend an und geben die Nummer der Lizenz bzw. Erlaubnisurkunde, die Erteilungsbehörde sowie die Dauer der Gültigkeit an.

Sofern Sie Werkverkehr betreiben, kreuzen Sie dies bitte entsprechend an und tragen die zuständige Außenstelle des Bundesamtes für Logistik und Mobilität sowie das Datum der Anmeldung ein.

Führen Sie sowohl gewerblichen Güterkraftverkehr als auch Werkverkehr durch, so sind alle Felder entsprechend zu befüllen.

2.1 Nachweis über die Durchführung von Güterkraftverkehr i. S. v. § 1 Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG)

Ich/Wir betreibe/n

gewerblichen Güterkraftverkehr Erteilungsbehörde: **Stadt Köln**

Nummer der Lizenz bzw. Erlaubnisurkunde	unbefristet gültig von		befristet	
	von	bis	von	bis
D/12345 X	22.09.2014			

und/oder

Werkverkehr.

angemeldet bei folgender Außenstelle des Bundesamtes für Logistik und Mobilität	angemeldet am

☞ weiter mit 2.2

Falls Sie (auch) Werkverkehr betreiben, überprüfen Sie bitte, dass die in der Erlaubnis/Lizenz oder der Werkverkehrsdatei eingetragene berechnete Person formal mit den unter Ziffer 1.1 „Antragstellende Person“ gemachten Angaben übereinstimmt. Insbesondere bei Umfirmierung ist die Erlaubnis/Lizenz oder der Eintrag in der Werkverkehrsdatei vor Antragstellung zu berichtigen. Bei Rechtsformwechsel ist im Falle der Durchführung von gewerblichem Güterkraftverkehr vor Antragstellung ein neues Erteilungsverfahren zu durchlaufen.

2.2 Nachweis eines zum Tag der Antragstellung zugelassenen mautpflichtigen schweren Nutzfahrzeugs

Als schwere Nutzfahrzeuge im Sinne der Richtlinie „Ausbildung“ gelten mautpflichtige Kraftfahrzeuge, die für den Güterkraftverkehr bestimmt sind und deren zulässiges Gesamtgewicht mindestens 7,5 Tonnen beträgt (vgl. Nr. 3.1 S. 2 der Richtlinie „Ausbildung“).

Die Halter- bzw. Eigentümerschaft ist glaubhaft durch Vorlage eines

Halter: Zulassungsbescheinigung Teil I (Fahrzeugschein)

Eigentümer: Sind Fahrzeughalter/-in und die antragstellende Person, die den Nachweis zum Haltemachweis - der Nachweis des Eigentums des antragstellenden Halter/-in beizufügen, bspw. in Form einer elektronischen Kopie der Zulassungsbescheinigung der aktuellen Aufstellung zum Anlagevermögen, Kaufvertragsurkunde oder anderen Unterlagen über die Eigentumsverhältnisse.

Hinweis: Im Anlagevermögen aufgeführte gemietete, geleaste oder gepachtete Fahrzeuge sind nicht fordernd.

Bitte kreuzen Sie an, dass Sie dem Antrag mindestens eine Zulassungsbescheinigung Teil I (Fahrzeugschein) beigefügt haben.

Sollte der/die Halter/in auf der Zulassungsbescheinigung von der antragstellenden Person abweichen, wird zusätzlich der Nachweis der Eigentümerschaft benötigt.

Zum Nachweis des zum Tag der Antragstellung zugelassenen mautpflichtigen schweren Nutzfahrzeugs ist dem Antrag beigefügt (in elektronischer Kopie):

- Zulassungsbescheinigung Teil I (Fahrzeugschein)
 zusätzlich der Nachweis der Eigentümerschaft, wenn der/die Halter/in lt. Zulassungsbescheinigung Teil I oder Fahrzeugaufstellung von der antragstellenden Person abweicht.

☞ weiter mit 3.

3. Erklärung zur Einhaltung der Definition für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)¹

3.1 Ich/Wir erfülle/n die Kriterien

a) Mittlere Unternehmen sind Unternehmen

- mit weniger als 250 Beschäftigten
- einem Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. Euro oder einer Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio. Euro.

b) Kleine Unternehmen sind Unternehmen

- mit weniger als 50 Beschäftigten
- einem Jahresumsatz oder Jahresbilanzsumme von höchstens 10 Mio. Euro.

Kreuzen Sie bitte unter Ziffer 3.1 an, ob das antragstellende Unternehmen die Kriterien für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) erfüllt. Beachten Sie hierzu das „Merkblatt – Definition KMU“.

Erfüllt Ihr Unternehmen die KMU-Kriterien, sind folgende Angaben unter Ziffer 3.2 erforderlich: Die Gesamtzahl der Beschäftigten im Unternehmen und entweder der Jahresumsatz oder die Bilanzsumme des antragstellenden Unternehmens unter Berücksichtigung ggf. vorhandener Partnerunternehmen bzw. verbundener Unternehmen.

Ja

(☞ Angaben unter 3.2 erforderlich)

Nein

(☞ weiter mit 4.)

3.2 Angaben zu den Kriterien für kleine und mittlere Unternehmen (KMU):

Hinweis:

Bei der Anzahl der Beschäftigten sowie den Angaben zum Jahresumsatz und zur Bilanzsumme sind ggf. vorhandene Partnerunternehmen und verbundene Unternehmen zu berücksichtigen (siehe KMU-Merkblatt).

Beschäftigte (Gesamtzahl der im Unternehmen beschäftigten Personen i. S. v. § 7 Abs. 1 SGB IV)	Jahresumsatz (in Euro)	Bilanzsumme (in Euro)
60	1.500.000,00	125.000,00

☞ weiter mit 4.

¹ gemäß Anhang I der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung [Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014]

Erfassen Sie bitte alle geforderten Angaben zu dem/den beantragten Ausbildungsverhältnis/en. Die Angaben müssen mit denen in der/den beigefügten Absichtserklärung/en (Pflichtanlage/n) übereinstimmen. Um mehr als fünf Ausbildungsverhältnisse anzugeben, nutzen Sie bitte die Anlage 1 zum Antrag.

4. Angaben zu Fördermaßnahmen

lfd. Nr.	Ausbildungsverhältnis (Vorname, Name, Anschrift)	Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	voraussichtlicher Beginn ² (TT.MM.JJJJ)	voraussichtlicher Abschluss (TT.MM.JJJJ)
1	Benno Maier, Alter Mühlenweg 20, 50679 Köln	21.03.2004	01.09.2023	31.08.2026
2	Bodo Schmidt, Sachsenstr. 12, 53175 Bonn	03.02.2004	01.09.2022	31.08.2026

Hinweis: Der Ausbildungsvertrag darf nicht vor dem Eingang Ihres Antrags beim Bundesamt für Logistik und Mobilität unterschrieben/abgeschlossen werden (Datum der Unterschriftenleistung auf dem Ausbildungsvertrag ist maßgebend). Innerhalb von zwei Monaten ab Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides ist das beantragte Ausbildungsverhältnis durch Vorlage einer elektronischen Kopie des Ausbildungsvertrages sowie einer elektronischen Kopie der IHK-Bescheinigung beim Bundesamt nachzuweisen (vgl. Ziffer 6.2.3 der Richtlinie „Ausbildung“).

Hinweise:

Um weitere Ausbildungsverhältnisse anzugeben, benutzen Sie bitte ausschließlich die **Anlage 1** zu diesem Antrag.

Mit dem Antrag ist für jede Ausbildung (Anlage) ein Formular (Anlage 1) einzureichen (vgl. Nr. 6.1.6.4).

[weiter mit 5.](#)

Kreuzen Sie bitte an, ob das antragstellende Unternehmen für betriebliche Ausbildungsverhältnisse, die Gegenstand dieses Antrags sind, weitere staatliche Beihilfen und Zuschüsse anderer Beihilfegeber erhält.

Nur, wenn Sie für beantragte betriebliche Ausbildungsverhältnisse gleichzeitig von anderen Zuwendungsgebern eine Zuwendung (Beihilfe, Zuschuss etc.) erhalten, füllen Sie bitte die Anlage 3 aus und fügen Sie diese bitte dem Antrag bei.

5. Erklärung zur Kumulierung

Ich/Wir beabsichtige/n, Zuwendungen für betriebliche Ausbildungsverhältnisse nach Nummer 5.4 der Richtlinie „Ausbildung“ mit weiteren staatlichen Beihilfen und Zuschüssen anderer Beihilfegeber zu kumulieren:

<input type="checkbox"/> Ja (weiter mit 5. Angaben in Anlage 3 erforderlich)	<input checked="" type="checkbox"/> Nein (weiter mit 5. Anlage 3 nicht erforderlich)
--	--

[weiter mit 6.](#)

² Die Ausbildung darf nicht vor dem Eingang dieses Antrags beim Bundesamt für Logistik und Mobilität begonnen werden. Als Beginn der Ausbildung wird der Abschluss eines Ausbildungsvertrages gewertet (vgl. Nr. 4 der Richtlinie „Ausbildung“).

Geben Sie bitte an, welche Anlagen dem Antrag beigefügt sind. Die Anlagen sind ebenso wie der Antrag selbst über das eService-Portal zu übermitteln.
Das Übersenden der Anlagen auf dem Postweg, per Telefax oder E-Mail ist nicht zulässig.
Beachten Sie bitte, dass Ihr Antrag nur mit Übermittlung des Kontrollformulars, einem Fahrzeugnachweis (Pflichtanlage) und der/den unterschriebenen Absichtserklärung/en (Pflichtanlage/n) wirksam ist.

6. Anlagen

- Kontrollformular (Pflichtanlage)**
- Fahrzeugnachweis** gemäß den Angaben unter Ziffer 2.2 des Antrags (**Pflichtanlage**) in Form von
 - der Zulassungsbescheinigung Teil I (Fahrzeugschein)
 - zusätzlich dem Eigentumsnachweis
- Anlage 1 „weitere Auszubildende“ zu Ziffer 4 des Antrags
- Anlage 2 „Absichtserklärung“ (Pflichtanlage)**
- Anlage 3 „Erklärung zur Kumulierung von Zuwendungen für betriebliche Ausbildungsverhältnisse“ zu Ziffer 5 des Antrags

Sämtliche Angaben sind subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) und Verstöße sind strafbewährt. Lesen Sie die Erklärungen daher sorgfältig durch. Diese sind zu beachten und einzuhalten.

7. Erklärungen des antragstellenden Unternehmens

7.1 Erklärung zur Finanzierung (keine Doppelförderung)

Ich/Wir erkläre/n, dass dem antragstellenden Unternehmen keine weiteren staatlichen Beihilfen und Zuschüsse für beantragte Maßnahmen ausgezahlt wurden bzw. diese weder beantragt wurden noch beantragt werden (keine Kumulierung/keine Doppelförderung).

7.2 Erklärung zum Vorhabenbeginn

Ich versichere/Wir versichern, mit der/den Fördermaßnahme/n nicht vor Antragstellung begonnen und auch noch keinen Ausbildungsvertrag abgeschlossen zu haben. Der Beginn des Vorhabens vor Bewilligung der Zuwendung geschieht auf mein/unser eigenes Finanzrisiko.

7.3 Erklärung zum Ausbildungsbetrieb

Ich/Wir erkläre/n, ein anerkannter Ausbildungsbetrieb nach den Bestimmungen der zuständigen Stelle gemäß Berufsbildungsgesetz (BBiG) zu sein.

7.4 Weitere Erklärungen

Ich/Wir erkläre/n,

- die Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union zur Kenntnis genommen zu haben und als verbindlich anzuerkennen;
- die Richtlinie über die Förderung von betrieblichen Ausbildungsverhältnissen zum Berufskraftfahrer/zur Berufskraftfahrerin in Unternehmen des Güterkraftverkehrs mit schweren Nutzfahrzeugen vom 05. Januar 2016 zur Kenntnis genommen zu haben und als verbindlich anzuerkennen;
- die Hinweise und Informationen auf der Internetseite des Bundesamtes für Logistik und Mobilität zur Kenntnis genommen zu haben;
- das Merkblatt zur KMU-Definition der EU-Kommission zur Kenntnis genommen zu haben und dass mir/uns die Voraussetzungen für die Einhaltung der KMU-Definition bekannt sind;
- die Zahlungen nicht eingestellt zu haben und dass über mein/unser Vermögen kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet ist bzw. keine Vermögensauskunft nach § 802 c Zivilprozessordnung (ZPO) oder § 284 Abgabenordnung (AO) abgegeben wurde bzw. keine Verpflichtung zu deren Abgabe besteht;
- dass es sich bei dem antragstellenden Unternehmen nicht um ein Unternehmen in Schwierigkeiten handelt [vgl. Art. 1 Abs. 4 lit. c) i. V. m. Art. 2 Abs. 18 VO (EU) Nr. 651/2014 vom 25.06.2014];
- dass am antragstellenden Unternehmen keine juristische/n Person/en des öffentlichen Rechts einzeln oder zusammen mittel- oder unmittelbar mehrheitlich beteiligt ist/sind;

- die beantragte oder bewilligte Zuwendung nicht abzutreten;
- damit einverstanden zu sein, dass das Bundesamt für Logistik und Mobilität die Förderberechtigung durch Einsicht in die Bücher, Belege und sonstigen Unterlagen sowie unmittelbar durch örtliche Erhebungen bei der antragstellenden Person prüft;
- alle Angaben im Antrag und den zugehörigen Anlagen nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben (und sie ggf. durch Geschäftsunterlagen belegen zu können) und dass diese richtig und vollständig sind und ich/wir Änderungen, insbesondere solche, die sich auf die Berechnung oder Auszahlung der Zuwendung auswirken könnten, unverzüglich mitteile/n;
- dass mir/uns bekannt ist, dass der Antrag nur vollständig ist, sofern das Kontrollformular unterschrieben ist und alle benötigten Anlagen beigefügt sind.

Mir/uns ist bekannt, dass

- nach Art. 31 Abs. 2 VO (EU) Nr. 651/2014 für Ausbildungsmaßnahmen von Unternehmen zur Einhaltung verbindlicher Ausbildungsnormen der Mitgliedstaaten keine Beihilfen gewährt werden dürfen;
- Unternehmen, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind, keine Einzelbeihilfen gewährt werden dürfen;
- zu Unrecht - insbesondere aufgrund unzutreffender Angaben oder wegen Nichtbeachtung der geltenden Richtlinien und Bestimmungen des Zuwendungsbescheides - erhaltene Zuwendungen nach den für Zuwendungen des Bundes geltenden Bestimmungen zurückzuzahlen sind;
- insbesondere folgende Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) sind und ein Subventionsbetrug strafbar ist:
 - Firmen- oder Unternehmensbezeichnung sowie Registernummer und Registergericht,
 - Nachweis über die Durchführung von Güterkraftverkehr im Sinne des § 1 Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) zum Zeitpunkt der Antragstellung,
 - Nachweis der Halter- bzw. Eigentümerschaft eines mautpflichtigen schweren Nutzfahrzeugs zum Zeitpunkt der Antragstellung (Kennzeichen, eingetragene/r Halter/in, Fahrzeugart, zulässiges Gesamtgewicht),
 - Erklärung zur Einhaltung der Definition für kleine und mittlere Unternehmen (KMU),
 - Angaben zu der/den Fördermaßnahme/n,
 - Erklärung zur Finanzierung (keine Doppelförderung),
 - Erklärung zum Vorhabenbeginn,
 - Erklärung, kein Unternehmen in Schwierigkeiten zu sein,
 - Erklärung, dass kein Insolvenzverfahren beantragt/eröffnet wurde,
 - Erklärung, dass keine mehrheitliche Beteiligung juristischer Personen des öffentlichen Rechts am antragstellenden Unternehmen vorliegt,
 - Erklärung zum Ausbildungsbetrieb.

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einem Zuschuss [§ 4 Subventionsgesetz (SubvG)]. Nach § 3 SubvG trifft den Subventionsnehmer eine sich auf alle subventionserheblichen Tatsachen erstreckende Offenbarungspflicht.

7.5 Einwilligung in die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten

Die in diesem Antrag einschließlich der jeweiligen Anlagen enthaltenen Daten verarbeitet das Bundesamt für Logistik und Mobilität durch die hierfür zuständigen Beschäftigten nur für die Durchführung Ihres Antragsverfahrens und zur Erstellung anonymisierter Statistiken.

Die Bearbeitung und die Entscheidung über Ihren Antrag erfolgt nicht ausschließlich automatisiert nach Maßgabe der hierfür geltenden Rechtsvorschriften (§ 14a, § 15 Absatz 4 Nr. 5 und § 15a Absatz 4 Nr. 4 Güterkraftverkehrsgesetz, der dort genannten EU-Bestimmungen und der Richtlinie „Ausbildung“).

Ihre Daten werden gelöscht, sobald die maßgeblichen haushaltsrechtlichen Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind (hier: 10 Jahre nach Abschluss des Zuwendungsverfahrens).

Mit Ihrer Unterschrift auf dem Kontrollformular zu diesem Antrag willigen Sie ein, dass das Bundesamt für Logistik und Mobilität Ihre darin enthaltenen personenbezogenen Daten verarbeitet, soweit dies für die Durchführung des Antragsverfahrens einschließlich Rechnungsprüfung erforderlich ist.

Sie können diese Einwilligung für die Zukunft gegenüber der verantwortlichen Stelle widerrufen. In diesem Fall ist dem Bundesamt für Logistik und Mobilität allerdings eine Weiterbearbeitung Ihres Antrags nicht mehr möglich.

Bei Fragen speziell zum Datenschutz einschließlich Ihrer Rechte als betroffene Person können Sie über folgende E-Mail-Adresse Kontakt mit uns aufnehmen: <mailto:datenschutz@balm.bund.de>. Detailliertere Informationen hierzu finden Sie auch auf der Internetseite des Bundesamtes für Logistik und Mobilität www.balm.bund.de.

☞ *weiter mit 8.*

8. Unterschrift

Die Unterschrift für diesen Antrag ist auf dem Kontrollformular zu leisten, das im eService-Portal zum Download zur Verfügung steht.

Das unterschriebene und mit Firmenstempel versehene Kontrollformular ist über das eService-Portal an die Bewilligungsbehörde zu übermitteln.

Hinweis: Nur mit Unterschrift auf dem Kontrollformular ist Ihr Antrag rechtsverbindlich gestellt.



Anlage 2 zum Antrag auf Förderung der Ausbildung 2023 „Absichtserklärung“

Gz.: 8521.2. 001/001 #XXX

(Bitte angeben, wenn bekannt)

a) Firmen- oder Unternehmensbezeichnung (lt. Handelsregister)	Reinhard Wendel T
b) Vorname Name (nicht im Handelsregister eingetragene Firmen/Unternehmen)	

Die Absichtserklärung ist eine Pflichtanlage. Für jedes Ausbildungsverhältnis, welches im Antrag aufgeführt wurde, ist dem Antrag eine **vollständig** ausgefüllte Absichtserklärung beizufügen.
(Hinweis zum Bsp.: Die Absichtserklärung für das 2. Ausbildungsverhältnis wurde nicht abgebildet)

Das Fehlen der Absichtserklärung bzw. das Fehlen von Angaben auf der Absichtserklärung führt zur Unvollständigkeit des Antrages.

Absichtserklärung

Es ist beabsichtigt, mit der nachfolgend namentlich benannten Person zu lfd. Nr. 1 unter Ziffer 4 des Antrags auf Förderung der Ausbildung, Förderperiode 2023, ein Ausbildungsverhältnis einzugehen:

Vor- und Zuname	Benno Maier
Anschrift (Straße, PLZ, Ort)	Alter Mühlenweg 20, 50679 Köln
Geburtsdatum	21.03.2004
voraussichtlicher Beginn ¹ (TT.MM.JJJJ)	01.09.2023
voraussichtlicher Abschluss (TT.MM.JJJJ)	31.08.2026

Unterschriften:

Signatur

Signatur

Unterschrift der antragstellenden Person oder der gesetzlichen Vertretung oder der bevollmächtigten Person (und ggf. Firmenstempel)

Unterschrift der auszubildenden Person oder der gesetzlichen Vertretung

Köln, 16.01.2023

Köln, 16.01.2023

Ort, Datum

Ort, Datum

Um weitere Maßnahmen anzugeben, benutzen Sie dieses Formular bitte mehrfach.

¹ Die Ausbi werden.

Die Absichtserklärung ist mit Ort und Datum, sowie mit Unterschrift und ggf. Firmenstempel der antragstellenden Person **und** der auszubildenden Person bzw. der gesetzlichen Vertretung zu versehen. Nur mit **beiden** Unterschriften ist die Absichtserklärung vollständig.

Absendende Person:
Reinhard Wendel Transport GmbH
Heinrich-Heine-Str. 123
50996 Köln
0221/1234567

Gz: 8521.2. 001/001 #XXX

(Bitte angeben, wenn bekannt)

Geben Sie - sofern bereits aus den Vorjahren bekannt - das Geschäftszeichen des Bundesamtes für Logistik und Mobilität ohne die Ziffern nach der Raute (#) an.

Bundesamt für Logistik und Mobilität - Zuwendungsverfahren -

Staatliche Förderung der Ausbildung in Unternehmen des Güterkraftverkehrs mit schweren Nutzfahrzeugen - Förderperiode 2023

Kontrollformular zum Antrag

Der elektronische Antrag gilt erst als rechtswirksam und **fristgerecht** gestellt, wenn das dazugehörige Kontrollformular innerhalb von zwei Wochen nach Antragstellung beim Bundesamt eingeht. Das Kontrollformular ist nach Prüfung der untenstehenden Angaben mit rechtsverbindlicher Unterschrift und mit dem Firmenstempel versehen über das eService-Portal zu übersenden.

Erklärungen:

Ich/Wir erkläre/n, dass der Antrag auf elektronischem Wege über das eService-Portal von mir/von unserem Unternehmen eingereicht wird/wurde.

Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit der auf elektronischem Wege über das eService-Portal übermittelten Daten.

Mit rechtsverbindlicher Unterschrift bestätige/n ich/wir die Abgabe der im Antrag aufgeführten Erklärungen und mache/n mir/uns diese zu Eigen.

Mir/uns ist bekannt, dass es sich bei den im Antrag gemachten Angaben und abgegebenen Erklärungen um subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches handelt.

Köln, 16.01.2023

Ort, Datum

*Signature*Unterschrift der antragstellenden Person
oder der gesetzlichen Vertretung

Person

Das Kontrollformular ist mit Ort und Datum, sowie Unterschrift und ggf. Firmenstempel zu versehen. Nur mit Unterschrift auf dem Kontrollformular ist Ihr Antrag rechtsverbindlich gestellt. Das unterschriebene Kontrollformular ist möglichst mit dem Antrag zu übermitteln, sodass der Antrag beschleunigt bearbeitet werden kann. Spätestens innerhalb von zwei Wochen nach Übermittlung des Antrags ist das Kontrollformular zu übermitteln.